



fränkischen Wahlrecht hervorgehoben angeordnet. Bereits am 7. Mai 1893 erging das Gesetz, wodurch das Herrenhaus in seiner jetzigen Gestalt geschaffen wurde — den Namen erhielt es 1895 —; von den gewählten Mitgliedern war nicht mehr die Rede.

Art. 94 bestimmt, daß für alle Freiherren, so weit sie das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt, Geschworenengerichte zu sein sollen. Durch Gesetz vom 21. Mai 1892 wurden sämtliche Freiherren in den Strafgerichten ohne Geschworene angewiesen. Und als 1877 die vierjährige einseitige deutsche Gerichtsverfassung eingeführt wurde, da ließ man zwar den anderen Staaten die Schwurgerichte für Freiherren; aber im Interesse des ruffähigen Preußen wurde die Einheit durchbrochen und die landesgesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet aufrechterhalten.

Art. 95 der Verfassung von 1850 ließ die Möglichkeit zu, für politische Verbrechen ein besonderes Strafgericht zu schaffen, auf dem Wege der Gesetzgebung zu schaffen; bis dahin sollten selbstverständlich alle politischen Verbrechen, wie die Verbrechen überhaupt, von den ordentlichen Schwurgerichten abgeurteilt werden. Das Verfassungsänderungsgesetz vom 21. Mai 1892 hob den Artikel 95 auf und wiederholte dessen Bestimmungen in seinem Artikel 8 mit der Abänderung, daß der in Rede stehende Gerichtshof ein Schwurgericht sein solle. Darauf wurde durch Gesetz vom 25. April 1893 das Kammergericht zu Berlin zum Staatsgerichtshof für die Unterordnung und Entschcheidung aller Staatsverbrechen bestellt — eine Einschränkung, so sagt das lebensfähige Mitglied des preussischen Herrenhauses und Kronprinzipal Professor von Schilling-Berlin, ist nicht vorhanden, eine Einschränkung, welche in der Zeit ihrer charakterlosen Reaktion zwar verhängnisvoll zu sein gekommen, dennoch mit dem Geiste der konstitutionellen Staatsordnung in schroffem Widerspruch stand. Das Gesetz von 1893 wurde noch 1897 auf die neuen Provinzen übertragen; erst das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 machte von Reichs wegen diesem „mit dem Geiste der konstitutionellen Staatsordnung in schroffem Widerspruch stehenden Zustand“ in Preußen ein Ende.

So steht es in Preußen aus mit den Verfassungen, so mit den Erfüllungen!

## Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. Mai 1908

### Der Reichstag.

Hießt am Montag wieder eine jener erschöpfenden Dauerarbeiten ab, die in der Wladawra-Woche geworden sind. Zuerst wurde die erste Lesung der Oltmarzensulagen vorgenommen. Die Annahme war von vornherein sicher und es war reichlich nötig, daß Herr Wachsmuth die freisinnigen Umwälzungen in sönnerlicher Weise einwirkte. In seiner jetzt gesprochener Rede nagelte Genosse Schönbauer fest, daß mit diesem Beschluß der Reichstag einen weiteren Schritt auf dem Wege des Sozialismus tat. — Es folgte die zweite Lesung der Maß- und Gewichtsordnung. Die Vorlage bringt einige Verbesserungen. Von dem, was in ihr steht, läßt sich besseres sagen als von dem, was nicht in ihr steht. Es fehlen namentlich Bestimmungen, welche den schaufligen Schwundel in den Bergwerken einen Riegel vorschieben, durch den die Klauen des Grubenkapitals um ihre fauererwerbenden Fehnegeprellt werden. Genosse Schönbauer war, wie notwendig die Einfügung solcher Bestimmungen sei. Die bürgerliche Mehrheit aber warf alle Verbesserungsanträge unter den Tisch, darunter auch einen dem Genossen Solle begründeten Antrag zugunsten der kommunalen Eichungsämter. — Dann folgten die Ausführungen der Regierung über die Reichstagsmehrheit springt über den Tod, den die Regierung ihr vorhält, und berichtet auf Verbesserungen an dem bürgerlichen Wahlrecht. Erzbischof fand ein paar scharfe Worte, wie sie das Zentrum leider nicht fand, als es noch zehrende Partei war. Die anderen Redner und insbesondere Oberlehrer Gieseler, der Freisinnige, heulten zwar bitterlich, prangen aber doch mit mehr Eifer als Grazie über den Tod, den ihnen fast noch mit böhmischen Worten der neugebadene Staatssekretär Schwob droht. — Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht ein numerisches Regout, in welchem die Dampferubvention, die Kolonialbahnen und die Korruptionszulage als besondere Schaustücke prangen.

### Freisinnige Parteiverren.

Von dem Austritt der drei „Demagogen“ Barth, Breitheid und Gerlach hatte die freisinnige Fraktionsgemeinschaft das Ende ihrer Verlegenheiten erhofft. Die Parteitage der freisinnigen Vereinigung für Rheinland-Westfalen und der deutschen Volkspartei für Bayern, die am letzten Sonntag in Essen und in Nürnberg tagten, haben gezeigt, daß die Opposition im freisinnigen Lager keineswegs erloschen ist. Ja, es scheint fast, als ob der Austritt Barth's und seiner nächsten Freunde auf manche freisinnige Elemente als ein aufreizendes Ereignis gewirkt hätte. Diese glauben nicht oder zur Zeit noch nicht an die Möglichkeit einer neuen Parteileitung, sie wollen aber die Politik, die Barth innerhalb der freisinnigen Parteigemeinschaft getrieben hat, auch nach seinem Austritt weiter fortsetzen. So kann man sich in der Geschichte sämtlicher Parteien wohl kaum noch erleben. Schaulustig genessen, daß ordnungsgemäße Parteileitung einer Parteioffiziation ihrer wichtigsten Parteiführung gleichende Mitwirkenden ausstellen und sich zur Halbierung für Personen vereinen, die der Partei eben erst voll Geld und Leberbrut den Rücken gekehrt haben.

Was auch die Zahl dieser anständigen Elemente noch so gering sein, so ist doch ihre bloße Anwesenheit innerhalb eines Parteizentrums ein Symptom der Fersehung, die ihn ergriffen hat. Kann man Parteioffiziationen mit Staatsgebilden vergleichen? Die Wahrheit, die da aufsteht, ruft alle gleichmäßig freundlich zu sich, vertritt alle gleichmäßig Weisung von Bier, Wohlheit und Liebe, den drei Ungeheuern, die durch ihre züchtige, graulame Kraft die ganze Welt gedehnt und eingedehnt haben. Dieses Bild rief in ihrer Seele ein Gefühl hervor, ähnlich dem, mit welchem sie einst dem Reichshofen und dem Reichstag gegenüber, der ihr wieder als die anderen ihres Lebens erschien, mit einem freudigen und dankbaren Gebet abschloß. Jetzt hatte sie diese Tage vergessen, aber das durch sie hervorgerufene Gefühl nahm an Umfang zu, wurde heller und freudiger, drang tiefer in die Herz hinein und entbannte in immer helleren, frohlichem Lachen.

Die Gedanken kamen aber nicht! unterbrach Nikolai plötzlich seine Erzählung.

Die Mutter sah ihn an und erwiderte nach kurzem Schweigen ägerlich: „Ach, mögen sie sich zum Teufel scheren!“ „Gemein! Aber es ist Zeit, daß Sie schlafen gehen, Altona. Sie sind erkältet, gehen Sie schlafen und lassen Sie mich gehen.“ — „Sie machen alles so leicht ab! Nur das Quarz wird schnell grau.“ — „Nun gehen Sie, ruhen Sie sich aus.“

Sie brühten sich die Hand und trennten sich.

(Fortsetzung folgt.)

den, so fällt dem Freisinnigen entsetzlich die Rolle der Kirche zu. Auch er steht fortgesetzt im Zeichen der „Vandalenplünder“. Auch er ist ein „franker Mann“; auch ihm steht das Schicksal der Aufteilung unter den „Großmächtigen“ bevor. Auch der „Pöbel“ und das „Volk“ sind in seinem Reiche keine unbekanntem Erscheinungen. Wohl dem Geiste nach eine selbständige Macht, hat er längst keine konventionellen und nationalliberalen Gewerben.

Im Ver. L. Tagel. untersucht der Marburger Staatsrechtler Professor Schäding, der durch seine markhafte Broschüre zur Polenfrage bekannt geworden ist, die Gründe, die es so überaus schwer machen, in Preußen-Deutschland bürgerlich-demokratische Politik zu treiben. Dabei legt er folgendes, wohl durch eigene Erfahrung beeinflusstes Befundenis ab:

Wer in einem höheren Berufe eine demokratische Politik vertritt, den sucht mancher aus seiner gesellschaftlichen Sphäre herauszubringen, den grüßt mancher kaum noch auf der Straße. Hat der Betreffende aber dazu noch den Verzug, als Beamter an der wichtigsten Staatsbehörde festgehalten zu sein, so kann ihn eine verlegte Behörde durch Verweigerung seiner in seinem Berufe stehenden, gegen die er machtlos ist, und dann lesen solche Märtyrer in der Zeitung, wie auf intimen Diners beim Reichstag die Parteivertretung den Abschluß von Kompromissen feiert, in denen die Grundzüge preisgegeben wurden, für die sie selber so getitten. Bei solcher Sachlage ist es an sich wohl zu verstehen, daß die Inanspruchnahme mit der Fraktionsgemeinschaft wächst.

Dies wird bestätigt, was schon lange genug bekannt ist, daß nämlich die Regierung den Freisinnigen eine differenzierte Behandlung angedeihen läßt, je nachdem sie sich zur Regierung freundlich oder unfreundlich stellen. Freisinnige, die gemeinsam mit den Konservativen die Regierung stützen, bekommen Orden und Titel, ihre Parteigenossen aber, die mit der Sozialdemokratie zusammen der Regierung Opposition machen wollen, werden auf Pfahler geworfen, wie der Postarat Dr. Schellenberg in Wiesbaden, oder nach allen Regeln preussischer Bureaucratiensucht schikaniert, wie der Professor Schäding in Marburg. Es gibt nicht wenige freisinnig genante Beamte, die bei den kommenden preussischen Landtagswahlen sehr gerne für die Sozialdemokratie stimmen würden, weil sie, ohne selbst Sozialdemokraten zu sein, doch unter den gegebenen Umständen in der sozialdemokratischen Partei die einzige christliche Vertreterin demokratischer Forderungen erblicken müßten, alle diese Leute stimmen in der Leberzeugung überein, daß die Abgabe ihrer Stimme für einen Sozialdemokraten, sei es auch nur in der Stichwahl, die Verwirklichung ihrer Ergriffe bedeuten würde. Dieser Zustand der Wahllosigkeit und Gesinnungsrechtlosigkeit, der von niemandem schwerer empfunden wird als von einem Teil ihrer eigenen Parteimitglieder, wird von der freisinnigen Regierungspartei nicht befümpft sondern verteidigt und gestützt.

### Warum wählen die Arbeiter sozialdemokratisch?

Auf diese Frage haben dieser Tage zwei entscheidende Gegner der Sozialdemokratie antwortet, nämlich mit denen man recht auftreten ließe. In der Post schreibt der Leiter eines der größten Industriebetriebe Deutschlands:

„Was das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anbelangt, so hat die Sozialpolitik keinen einzigen Sozialdemokraten befehrt, wohl aber hat sie die Unzufriedenheit der Arbeiter gesteigert und Hoffnungen, Wünsche und Ansprüche geweckt, die man früher gar nicht kannte.“

Wenn der Arbeiter sieht, daß das ewige Schreien nach weiteren Zugeständnissen, durch die Sozialdemokratie unterstützt, dazu führt, ihm Schicksale in den Schoß zu werfen, so kann man es ihm nicht übel nehmen, wenn er sozialdemokratisch wählt.

Sie wird entgegen den Wünschen, die allemal zu Wahlsiegen aufzuweisen, offen zugegeben, daß die Sozialdemokratie der treibende Faktor der Sozialpolitik ist, und daß ihre Politik dazu führt, dem Arbeiter „Geldscheit“, d. h. sozialpolitische Zugeständnisse „in den Schoß zu werfen“. Die Sozialpolitik wird geradezu als sozialdemokratische Geldschöpfel.

Eine ähnliche unerschöpfliche Anerkennung hat der national-liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber der Sozialdemokratie erteilt in einem Vortrag in Berlin, über den die Nat. Ztg. berichtet:

Bei der Besprechung der bisherigen Wladawerlei hatte sich Dr. Weber auch mit den Parteien der Minorität beschäftigt, namentlich mit der Sozialdemokratie, deren „die negierende Politik gegen alles, was nicht im „Sinn und Interesse der Arbeiterklasse ist“, er energisch verurteilt.“

Was Herr Dr. Weber, als Mitglied der nationalliberalen Schafmaderpartei „energisch verurteilt“, wird von den Arbeitern ebenso energisch gebilligt werden. Herr Dr. Weber hat nur hinzuzufügen vergessen, daß die Arbeiterklasse im Sinne der Sozialdemokratie die weitaus überwiegende Mehrheit des ganzen Volkes umfaßt. Immerhin ist er der Wahrheit etwas näher gekommen. Die Sozialdemokratie „negiert“, d. h. verurteilt nichtschuldig alles, was den Interessen der Arbeiterklasse der großen Mehrheit des Volkes widerspricht.

### Wittem II. und Eulenburg.

Die Ver. Zeitung a. M. will aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Kaiser habe sich seiner Umgebung gegenüber in sehr deutlichen Ausdrücken dahin ausgesprochen, daß die Justiz dem Fürsten Eulenburg gegenüber in der Reichsjustiz nicht nehmen dürfe. Aus den Äußerungen des Kaisers soll aus hervorgegangen sein, daß er den Fürsten Eulenburg als des Verbrechens des Meineids schon überführt ansieht. Sie glaubt auch zu wissen, daß von Storch aus die Weisung ergangen sei, den Fürsten Eulenburg nicht anders zu behandeln wie einen anderen Sterblichen.

Sie ruft zu bemerken, daß der Kaiser geleglich keine Anweisungen über die Behandlung des Fürsten Eulenburg erteilen kann, und daß das entscheidende Urteil einzig und allein den ordentlichen Gerichten zuzufallen.

Ein neuer Papst-Prozess. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin I hat sich gestern der frühere Geheimsekretär des Auswärtigen Amtes Oskar Papst wegen verjührter Nötigung begeben gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schön zu verantworten gehabt. Auf Antrag des Staatsanwalts hatte der Gerichtshof im Interesse der Staatserheerlichkeit beschlossen, die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Papst wurde gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Ein Soldatenfährtnord, dessen Motive noch nicht völlig aufgeklärt sind, hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vor dem Strafgericht in Wittenberge abgepielt. Der dort zur Wache kommandierte Gefreite Albert A. d. e. hat sich dort mit seinem Dienstherrn erschossen, nachdem er vorher auf den Interoffizier, der die Wache machte, einen Schuß abgegeben hatte, der nur den Kermel des Getroffenen durchlöcherete. Der

Gefreite Albert A. d. e. ist in Rumburg a. S. geboren, wo seine Mutter noch lebt. Er war Kaufmann und hatte das Gymnasium besucht. Die Ereignisse der Sonnabendnacht, die einen so tragischen Abschluß fanden, sind noch nicht völlig aufgeklärt. Die Freunde des jugendlichen Selbstmörders sind aber, wie die Ver. Ztg. mitteilt, zu mitzuteilen, daß der Meinung, daß A. d. e. das Opfer der andauernden Drangsalierungen seines Interoffiziers geworden ist. Er hatte schon wiederholt geklagt, daß er die Behandlung, die ihm von seinem Interoffizier zuteil werde, nicht länger ertragen könne. Es behauptet man die Ver. Ztg. es war dem Staatsanwalt Robertson vor dem Ver. Gerichtshof in Wittenberge, der die Angelegenheit untersuchen sollte, auf seinen Hand, zu einem Streit zwischen dem Interoffizier und dem Gefreiten gekommen ist, bei dem sich Becker verletzt hat, auf seinen Vorgefetzten zu schießen.

## Ausland.

England. Nachwahlen. Schon sind wieder einige Ergänzungswahlen im Gange, deren Resultat mit großer Spannung entgegesehen wird. Man fragt sich ob die Liberalen wohl weitere Niederlagen erleben werden. Churchill hat schon in Manchester eine schwere Niederlage erlitten hat, ist bereits wieder in den Wahlkampf eingetreten, um sich einen für englische Minister zu unerschöpflichen Sitz im Parlament zu erwerben. Durch den Austritt des Liberalen Robertson vor dem Wahlkreis Dundee frei geworden, um den sich jetzt Churchill bewirbt. In seinem Wahlkampf bekämpft die junge Handelsminister zu seinem früheren Programm, er tritt für Freihandel, das Schutzes, die Schulreform usw. ein. Seine Gegner sind hier der Konservativ, George-Vaizer, und der Vertreter der Arbeiterpartei, Stuart. Der Letztere hat ebenfalls sein Manifest erlassen. Natürlich bekämpft auch er das Schutzesystem, aber der Freihandel allein genügt nicht, den Fortschritt der Nation zu gewährleisten. Er fordert die Durchführung sozialer Reformen, vor allem sei die Arbeitslosenversicherung geeignet den schlimmsten sozialen Uebeln zu begegnen. Dem Labour-Leader zufolge hat Stuart gute Aussichten. Tausende von Arbeitern stimmen seit dem bisherigen Vertreter Robertson zugefloßen, einmal aus alter Gewohnheit, dann aber auch weil sie glauben, in ihm einen ersten Kandidat der Arbeiterpartei, Joseph Burgess, aufgestellt. Burgess ist Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei, Reid-Gardie, Macdonald, und andere werden ihn im Wahlkampf unterstützen. So ist jetzt noch selten eine Wahl zu verzeichnen, wo nicht die Arbeiter mit selbständigen Kandidaten auftreten. Das muß natürlich in erster Linie zur Schwächung der Liberalen Partei beitragen, der früher der größte Teil der Arbeiterklasse zuzurechnen leistete.

Italien. In einem regelrechten Krieg zwischen England und Afghanistan scheinen sich die Anstrengungen der Nordwestengische Afrika-Indien zu erweisen. Aus Siriva wird gemeldet, daß eine englische Kommando-Expedition mit 200 Mann, welche Freitag nacht die Grenze verlassen hat, verurteilt am Sonnabend ein Schlachtfeld und eine Katastrophe am Mithrasfluß zu überempfen. Der Angriff würde die ganze Nacht bis zum Morgen. Die Verluste wurden mit Verlusten zurückgeschlagen. General Wilcox ist mit der Brigade Ramraj, acht Bataillone und einer Schwadron Kavallerie in Langfot eingetroffen. General Barrett wird in Khamasit mit einer anderen Brigade erwartet.

## Zur Revolution in Rußland.

Wie die russischen Anarchisten die Arbeiterbewegung „leiten“. Das vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund herabgegebene Gewerkschaftsblatt bringt einen interessanten Artikel über die Ergebnisse der anarchischen Propaganda der Zeit in Stambulj der Anarchisten Wladostoff, im Gouvernement Grodno. Nach vor etwa drei Jahren lag die Leitung des anarchischen Kampfes der Arbeiter in Wladostoff voll und ganz in den Händen der Sozialdemokratie. Seitdem haben sich die Anarchisten reichlich bemüht, die Arbeiterbewegung in dieser Stadt zu desorganisieren und die Unzufriedenheit und Wertschätzung ihrer „Kampfmethoden“ vor aller Welt zu demonstrieren.

Die Sappelernergie der Anarchisten war nicht darauf gerichtet, für ihre Ideen Propaganda zu machen, sondern die eingewurzelten Ideen der Arbeiterpartei zu vernichten. Galt bis dahin bei den Arbeitern der Diebstahl als Schmach, so bemühten sich die Anarchisten, dieses „Vorurteil“ zu vernichten und den Diebstahl als „Kampfmittel“ der Arbeiter anzupreisen. Der Diebstahl auf den Fabriken wurde infolgedessen einer „Expropriation“, dieser eigenartigen Propaganda der Zeit an. In diese Periode fällt die Entstehung der anarchischen „Gruppe“ und die ersten Versuche derselben, auf die Arbeiterbewegung organisatorisch einzuwirken. „Im anarchischen Lager“, so heißt es in dem eingangs zitierten Artikel, „wurde die Parole ausgegeben: „Adt Stunden Arbeit!“ Es führten die Festschreibungen, es hagelte Liebe, es krachten die Schüsse — und als Resultat schien es, als ob der Wladostofftag tatsächlich hier und da eingeführt worden war. In Wladostoff führte diese eigenartige Agitation zu dem Ergebnis, daß die kleinen Unternehmern sich gezwungen sahen, ihre Betriebe zu schließen und die Stadt zu verlassen, und die großen Fabriken den Ruinhandlungen beizufallen.

Die „energiehellen“ Wladostoff, die die Anarchisten bei jedem Robtmaße anwendeten, sicherten ihnen eine Zeitlang eine große Popularität bei der Arbeiterpartei. Als sie aber im verfloßenen Sommer den Zeitlauerleiter durch Bomben Anzügen wählten, schlossen sich die Gewerkschaftlichen ihre Betriebe und verließen die Stadt. Tausende von Arbeitern waren dem Hunger preisgegeben und mußten sich den ärgsten Erniedrigungen unterwerfen, um die Zeitlauerleiter zu wiedereröffnung ihrer Betriebe zu bewegen. Die Wut der Arbeiter, die sich richtete sich naturgemäß gegen ihre „Führer“, die Anarchisten, und seitdem war es mit ihrem bisherigen Ansehen zu Ende. Außer einer furchtbaren Demoralisierung der Arbeiterpartei hinterließen sie in den Reihen derselben ein tiefes Mißtrauen gegen jegliche Partei oder Organisation. Die Verfolgungen der Regierung taten ein übriges, um die hierdurch hervorgerufene Passivität der Arbeiterpartei noch mehr zu verstärken. Die geistlichen Urheber des Empörungswalles der anarchischen Politik, haben sich die garstigen Festschreibungen die größte Würde, diese Politik zu bereinigen, indem sie jede Selbsttätigkeit der Massen, jeden organisierten offenen Kampf unmöglich machten.

# Zur Landtagswahl.

Freiwilligen.

Durch das Gesetz von 1906 ist für die Städte mit mehr als 60 000 Einwohnern befristlich die Freiwahl eingeführt worden. Es wird bei den Reichstags- oder bei Gemeinde- wahlen eine Frist bestimmt, innerhalb deren die Wähler zur Stimmabgabe gehen können, während sich bei der Terminwahl die Wähler zu einem bestimmten Termin im Wahllokale einstellen müssen. Obgleich bestimmt wird, dass die Wähler in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl vom Wähler die Form der Freiwahl angeordnet werden kann, wenn der Gemeindevorstand einen dazugehörigen Antrag stellt. Selbstverständlich liegt die Anberaumung der Freiwahl im Interesse der merklichen Bevölkerung, der in diesen Fällen auch durch die Möglichkeit gegeben wird, an der Wahl teilzunehmen. In der im Auftrag des Parteivorstandes herausgegebenen Broschüre „Die freiwähligen Landtagswahlen“ ist auf Seite 7 unter 8 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Gemeindevorstände den Gemeindevorstand ihres Ortes zu dem Antrag auf Anberaumung der Freiwahl anzuhörten müßten; auch zur Begründung des Antrages ist dort Material gegeben. Wähler haben wir nur aus diesem Grunde, daß der Magistrat einen dazugehörigen Antrag bei dem zuständigen Ministerium gestellt hat.

Nach Hamburg und aus einer märkischen Stadt wird berichtet, daß der Magistrat das Ersuchen des liberalen Volksvereins, beim Minister die Anberaumung der Freiwahl zu beantragen, ohne Begründung abgelehnt hat. Auch bezügliche Bestrebungen sind wertvoll; beweisen sie doch, daß nicht nur die Staatsregierung sondern auch die städtischen Regierungen kein Interesse daran haben, daß die großen Massen zur Wahl gehen können!

### Konferenz, Herkules Wänning.

Während die Freiwähligen alle liberalen Grundzüge vertreten und preisen, um nur so den Bloß am Leben zu erhalten, kümmern sich die Konservativen recht wenig um die Wahrheit. So hat die Kreuzzeitung Hipp und Lar erklärt, daß bei den Landtagswahlen Konservative nie für einen Freiwähligen gegen einen Zentrumsmann eintreten würden: handle es sich um einen „demokratischen“ Zentrumsmann, so würde man Wahlentscheidung ablehnen; handle aber ein „konservativer“ Zentrumsmann einem Freiwähligen gegenüber, so werde man unbedingt für den Zentrumsmann eintreten. Sollte schon diese Haltung der Konservativen den Arbeitern zu denken geben, die heute noch dem Zentrum folgen und dessen Freisitz laues Einbringen für Einführung des Reichstagswahlgesetzes bei den Landtagswahlen allzu ernst nehmen, so müßten sie auf alle Fälle zurück werden, wenn sie sehen, daß kein Zentrum am Eingehen schon bei der Kandidatenaufstellung mit den Konservativen gemeinsame Sache macht. Bereits ist von beiden Seiten ausgesprochen worden, daß man in den Wahlkreisen, wo es sich 1906 betraf, habe, wieder gemeinsame Kandidaten aufstellen müßte. Nach der Statistik kämen hierbei in Betracht die Wahlkreise Oppeln 1, Kreuzburg-Neudorf, Breslau 4, Stabskreis Breslau und Breslau 6, Stregau-Schweidnitz, wo sich die Koalition der Konservativen mit dem Zentrum gegen das Bündnis sogar gegen Nationalliberale und Freiwählige geschlossen wurde. In der Stadt Breslau sind die Verhandlungen bereits im Aufzuge gelaufen; hier werden ein konservativer, ein freiwähliger und ein zentralistischer Kandidat gemeinsam kandidieren; ebenso hat man für Altenteiler ein Bündnis bereits neben dem konservativen Wählerklub dem Zentrumsmann Verharbus ausgestellt! Es ist eine Hauptaufgabe unserer diesjährigen Wahltagung, die Zentrumsmännern unter den Arbeitern über die Stellung des Zentrums aufzuklären; gelingt es auch nicht, sie zu uns herüberzuwehen, so kann doch bei genügend vertiefter Agitation wenigstens dem Zentrum der Verrat in der Wahlrechtsfrage erschweren werden. Diese Aufklärungsarbeit aber darf nicht allein der Presse, den Flugblättern, den Versammlungen liberalen werden, sie muß auch von den einzelnen Genossen bei ihren Arbeitstagen geleistet werden; gerade für diese Vorkämpfer ist die Bewusstheit von den einzelnen Genossen über ihren Arbeitstagen gemeinsame Kandidaten durch Konservativen im Zentrum, wie sie in Breslau und Neudorf bereits erfolgt ist, in anderen Kreisen noch erforderlich, von größter Wichtigkeit. Das Zentrum behauptet das Dreiklassenwahlrecht durch das Reichstagswahlrecht ersetzen zu wollen und verbindet sich mit den Konservativen, die jede Wahlrechtsänderung in Bremen für unmöglich, ja, bedenklich erklären!

## Parteiangelegenheiten.

Die Enthüllung des Denkmals von Janus Kuer.

Über die schon kurz gemeldete Enthüllungsfest geht uns folgender Bericht zu:  
Am dem städtischen Friedhöfe zu Friedrichsfelde hatten sich am 3. Mai die repräsentativen der deutschen Sozialdemokratie und die Funktionäre der Berliner Parteigenossenschaft in sehr großer Zahl eingefunden, um der Enthüllung des Denkmals von Janus Kuer beizuwohnen. Nur wenige Schritte von dem beschriebenen Gedenkstein, die Dankbarkeit des deutschen Proletariats Wilhelm Liebknecht errichtet hat, erhielt sich dieses Grabdenkmal. Nachdem der Arbeiter-Sängerchor mit dem Vortrage der Weisze des Gelanges die Feier eingeleitet hatte, fiel die Hülle, und ebendort blühten alle Anwesenden das Haupt vor den wiedererstandenen Zügen des großen Führers. Das Grabdenkmal, ein Werk der jungen Bildhauerin Luise Wittmann, zeigt die Wüste Kuer, rings umgeben von dem gleichartigen Geiste, aus dem der Kopf nur wenig hervorragt. Zu Füßen des Sockels kniet einhammerbewehrter Proletarier, der Kuer den Kranz der Dankbarkeit des Volkes trägt.

Die Enthüllung des Denkmals begleitete Genosse Singer mit folgender Rede: „Was vergangen, liegt nicht wieder, ging es aber leuchtend nieder, leuchtend noch am Himmel.“ In formvollendeter, lebensvoller und einflussvoller Darstellung hat der Künstler Janus Kuer Bild wieder herbe zu uns entziehen lassen, wie die Dankbarkeit, Liebe und Verehrung der Arbeiter es noch heute im Herzen tragen. Vor wenig mehr als einem Jahre erschlüßerte uns die Trauerkunde von Janus Kuer's Hinscheiden. Wir gedenken der Zeit, da wir ihn zum erstenmal gesehen hatten. Nach harter, arbeitsreicher Jugend kam Janus Kuer im Jahre 1872 zum ersten Male nach Berlin und stand bald an der Spitze der kleinen Gemeinde, die unter dem Namen der Eisenader, die marxistisch-sozialistische Theorie zur Wahrheit zu machen suchte. Bald wurde Kuer auch von Berlin zu den Kongressen der Partei delegiert, und so wurde er durch die Tugde Art, die Umschauungen der Partei zu vertreten, bald weiteren Kreisen bekannt, gewann er rasch das Vertrauen der Genossen und gehörte schon in jungen Jahren zu denjenigen, auf die die Partei mit Recht große Hoffnungen setzen konnte.

In Dresden leitete dann Kuer die Expedition unseres dortigen Parteiblattes und stand im Vordergrund der Agitation bis hin die Berliner Parteigenossen wiederum nach Berlin berufen, um in der Affigationsperiode und der Reabdation der freien Presse tätig zu sein. Wir, die wir schon jene Zeit mit ihm gemeinsam verbracht haben, wissen, mit welcher unermüdeten Treue und unerschütterlicher Hartnäckigkeit er damals die Arbeit aller seiner Schüler genossen hat. Damals band noch mehr als heute persönliche Empfindung die einzelnen Genossen aneinander, und gerade in Erinnerung an jene Zeit empfinden wir Janus Kuer's Verlust doppelt schwer. Dann kamen die denkwürdigen Jahre des Sozialistengesetzes, denkwürdig für die Partei, schmachvoll für die bestehende Gesellschaftsordnung. Ihnen allen ist die Mahnung bekannt, mit der Kuer, nach der Verbannung des Belagerungszustandes, einer der ersten unter den Ausgewiesenen, schloß: „Lobt Euch nicht prozovogieren, tut Euren Gegnern nicht den Gefallen, das zu tun, worauf sie warten, um die Partei vollends zu ruinieren.“ Von dem Berlin, wo Kuer zuerst auch in Hamburg und Nürnberg sein Haus und Hof vertreiben, bis er in der Heimatstadt seiner Frau, in Schwerin, eine kurze Zeit verhältnismäßiger Ruhe fand. Dann brachten ihn die Genossen nach München zur Leitung der Expedition unseres dortigen Parteiblattes. Er war unermüdetlich agitatorisch tätig, und sein Verdienst ist es in erster Reihe, daß die Partei in Bayern lebendig wurde. In einem Gemeindegeldprozeß verurteilten die Münchener Behörden, das preussische Polizeipräsidium auch nach Süddeutschland zu verpflanzen. Aber dann der Klagen und unerschütterlich ruhigen Führung des Prozesses durch Kuer als Hauptangeklagter rühmte sich, hatlos die Anklage von Stunde zu Stunde der Verhandlung entgegenzunehmen. Kuer's Aufgabe war es dem Gerichtshof klar, daß er durch die Polizeihergen und Verurteilung wegen, und der Prozeß endete mit einer glänzenden Freisprechung.

Aber schon damals mußte Kuer infolge der schweren Sozialfälle, die ihm dank der Polizeifunktion befrieden kamen, einen längeren Aufenthalt in einem stilleren Klima nehmen, um seine schwächende Gesundheit wieder herzustellen. Aber auch dort war er rastlos tätig, und wir verdanken jenen Monaten das Werk „Nach zehn Jahren“, eine Darstellung der Wirkung des Sozialistengesetzes in den ersten zehn Jahren, die weit über die Kreise der Partei hinaus Aufsehen und begeisterte Zustimmung erregte. Allen Eifer, dessen er fähig war, und all die glühende Liebe zum Proletariat, die seine Seele erfüllte, hat Kuer in dieses denkwürdige Dokument der Ehre hineingeleitet, daß er den Nachkommen hinterlassen hat. Unsere aufrichtigste und aufrichtigste Anerkennung gebührt Kuer's Nachlass: „Wehe denen, über die alle der Götter, all die Verachtung sich ergehen wird, die dieses Gesetz dem Volke eingeführt hat.“ Ja, wehe ihnen! Wir werden nicht eher rasten, als bis die Schmach des Sozialistengesetzes gestrichelt ist durch die volle Befreiung des Proletariats.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes erstattete Kuer auf dem ersten Parteitag zu Halle das Referat über die Organisation, die sich die Partei neu geben mußte. Damit kommen wir zu der Höhe seines Wirkens als Sekretär des Parteivorstandes, der agitatorisch alle Kreise zur Propagierung unserer Lehren und Gebanten verbande und organisatorisch die Reihen fest zusammenzuschloß. Wir, die wir mit ihm im Parteibureau zusammenarbeiteten, wissen, wie eifrig und fruchtbar es stets getrieben hat. Aber bald mußten wir zu unserem Schrecken bemerken, daß uns Janus Kuer nicht mehr lange erhalten bleiben würde, weil die ständige Krankheit immer tiefer umschloß. Kuer hat sich durch die Sorge um die Unterstützung treuen Pflege seiner Lebensgefährin spottete. Aber schon, als er körperlich nicht mehr in der Lage war, unseren Verhandlungen beizuwohnen, da ging sein Gesundheitszustand in Erfüllung, da wurde sein Lebenswerk getrennt. Als auf dem Mannheimer Parteitag festgestellt wurde, daß der Zusammenbruch der Partei und Gesellschaft immer inniger werden sollte, als unter begeisterter Zustimmung aller Delegierten der Partei und der Gewerkschaften der Satz ausgesprochen wurde: Partei und Gewerkschaften sind eins und fähig sich eins, da strahlte noch einmal das Gesicht unseres Janus Kuer vor Freude. War doch erreicht, was er sein Leben lang im harten Kampfe erstrebt hatte.

Als am 10. April d. J. die Fittige des Todes über Janus Kuer zusammenzukommen, als wir uns an den Gedanken gewöhnen mußten, daß wir ihn nicht mehr sehen, ihm nicht mehr die Hand drücken können, damals untern wir den Verlust mit menschlicher Schwere empfunden. Die Dankbarkeit der Genossen hat ihm dieses Denkstein errichtet, und es bleibt heute nichts anderes übrig, als angelegentlich des dahingegangenen Freundes zu geloben, in seinem Sinne weiter zu arbeiten für die Befreiung der Arbeiterklasse, zu vollenden, was er vorbereitend angestrebt hat, den Samen zu pflanzen, den er gesät hat. In seinem Sinne führen wir auch den Kampf um das gerechte Wahlrecht in Bremen, helfen nächste Etappe die Wahl selbst sein wird. Wenn Sie neue Kampfer für das Proletariat werden und neuen Boden schaffen, für die gesellschaftliche Vertretung der Forderungen der Arbeiterklasse, werden Sie im Geiste unseres toten Freundes handeln. Wenn aber einst die Zeit gekommen ist, wo das besetzte Proletariat Recht und Wahrheit, Freiheit und Würdebewußt geführt hat, dann werden buligend die Säule des Volkes zu dieser Säule stehen, wo die beiden großen unerschütterlichen Kämpfer des großen Freiheitskampfes ruhen. Erleben wir mit aller Kraft wieder nach den Zielen, für die Janus Kuer gelebt hat und gestorben ist. Sei gegrüßt, Unerschütterlicher!“

Nach der Enthüllungsfest ging der Zug der Genossen noch stundenlang an dem neuerbauten Denkmal ihres Führers vorbei.

## Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 4. Mai 1908, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: Stedeker.

**Eingänge:** Der Richter der Landgrube am Goldberg-Wäme, petitioner um einen Pachtvertrag von 2000 Mark. Städt. Entgegner um ein Aufschub über die Reichsberühmte bei der Grabenbergründung und befristeter die Revision, die dem auch den städtischen Ausschuss überwiegen werden. Das Kollegium hat fernergeständig bezüglich des Prospektregulativs den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu erfragen, auf die Polizei einzuwirken, damit das Regulativ wohlwollender behandelt wird. Der Magistrat hat darauf unterm 28. April ein Schreiben an das Kollegium gefaßt, in dem ebenso klar wie deutlich erklärt wird, daß die Handhabung des Regulativs eine „reine Polizeianglegenheit“ sei und daß der Magistrat sich nicht befugt hält, auf die Polizei einzuwirken. Der Magistrat habe auch nicht den Eindruck gewonnen, daß das Regulativ der Polizei rigoros gehandhabt werden ist. Kurzum, der Magistrat lehne es ab, auf die Angelegenheit einzugehen und unterbreite bei dem Kollegium zur Kenntnisnahme. — Städt. Räte bekauert, daß der Magistrat auf Wünsche, die nur ein gewisses Wohlwollen verlangen, nicht eingehe. Früher sei das ganz anders gewesen; leider habe das Kollegium keine Macht dazu, Remdud zu schaffen. — Das Kollegium nahm damit Kenntnis.

Im Namen der Stadtverordneten Vorges. Diefel, Garzung, Selmede, Kühme, Springer und Stamm: er gab Städt. Vorders folgende Erklärung ab: Vor einigen Tagen ist vom Wahlaustritt der kommunalen Wähler, dem auch Städt. Vorges. angeschlossen, ein Flugblatt der Bürgerchaft verbreitet worden, in dem sich unter anderen folgende Auslassungen befinden:

Was haben nun diejenige Stadtverordneten, welche aus dem Falle des Bürgervereins herabgegangenen sind, geleistet? In welchen Kommissionen haben sie? Als im Stadtverordnetenkollegium die Kommission wurde, aus welchen Kommissionen sie sich beteiligten wollten, hatte der eine keine Zeit, dem andern war die betreffende Kommission gerade nicht genehm. Zur einige wenige Stadtverordnete, die vom kollektiven Bürgerverein präferiert waren, ließen sich überlassen in Kommissionen wählen.

Die Stadtverordneten, die wir aus dem kollektiven Bürgerverein herabgegangenen und welche diese Vorwürfe, welche unwahrheiten sind. Wir haben uns niemals gewagt, an einer Deputation oder einem Ausschusse uns zu beteiligen, wir haben es im Gegenteil immer bedauert, daß man uns nicht mehr zu diesen Angelegenheiten herangezogen hat. Wir halten es für unsere Pflicht und legen Wert darauf, diese Erklärung hier an dieser Stelle abzugeben.

Darauf wurde in der Tagesordnung eingetragen: Formale Änderungen am Regle der Ordnung über Erhebung einer Schenkungssteuer werden genehmigt.

Die Anstellung eines Direktors und dreier Lehrer im Hauptamt an der gewerblichen Fortbildungsschule von Oetern 1909 ab, wurde zugestimmt. Ein Antrag des Städt. Vorges. an den auch Städt. Vorges. befürwortete, die Rektoren bis zur Stadtverordnetenkollegium in Oetern geschickt zu verpflanzen, damit die Herren immer in der Leitung und Führung dienen, wurde angenommen.

Stadtdirektor Wendel hatte die Anstift betreiben, daß dem Direktor 90 Rehrer unterstellt seien und er zuviel zu tun habe.

Der Antrag der Oberreife des Stadtdirektors und Anhebung eines zweiten Hilfslehrers wurde zugestimmt.

Die Beschaffung von 29 Wagen für die hiesigen Schulen aus Mitteln der Städt. Vorges. wurden den 27.4.24 Markt bewilligt. Die Wagen sollen für den schulgärtlichen Dienst zur Verfügung gestellt werden.

Ein Antrag zum Statut der Kassier Karl Müller-Stiftung wurde genehmigt.

Zu einem Renneis für 20 in diesem Jahre im Oktober auf dem Kaiserhofe in Wiesbaden wurde dem Städt. Vorges. Reiter- und Vorkampfbereitschaft verlangt der Magistrat.

Städt. Vorges. erklärt sich gegen die Bewilligung des Renneis, wie alljährlich, im Rahmen seiner Freunde. Bei der Bewilligung des Etats sei über alle große Ausgaben und kleinere Einnahmen gefaßt worden. Jetzt hies die ein Gebenheit um Sparen, die sich das Kollegium nicht entgegen setzen; 1000 Mark könnten der Stadtkasse erhalten bleiben. Als man vor Jahren dem Renneis einmütig abgelehnt habe, ist der Reiterverein mit seinem Renneis nach Logau gegangen; er ist aber ganz allein wieder nach Halle gekommen. Wegen Geschäftsverluste für gewisse Kreise braudte man also nicht belagt zu sein.

Das Kollegium bewilligt aber die 1000 Mark ohne längeres Bedenken.

Der Gründung dreier etatsmäßiger Bureaugehilfenstellen für die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke wurde die Zustimmung erteilt.

Ungelassen wird die Verpachtung des Hospitaladerplanes an der Freimittelstraße.

Über den Ankauf eines Ackerlandes in der Flur Nielsen bei Städt. Vorges. wurde dem Städt. Vorges. die Veranschlagung der Kosten, welche dem Städt. Vorges. bei der Ankauf in Nielsen gebühren, in Ermehrung Nielsen belegen. Ackerplanes unter folgenden Bedingungen mit der Aufgabe auszuweisen, daß die erforderlichen Mittel, dem Kammereintritt entnommen werden.

Der Kommissar Rammel stellt der Stadtgemeinde den 20. März d. J. den Betrag von 1000 Mark an, der dem Städt. Vorges. für den Ankauf an. Der Kaufpreis beträgt 1000 Mark für den Morgen (25.53 Fr.). Die Liegenschaft und Aufstellung erfolgt in der ersten Woche des Monats Oktober 1908. Die Stempelkosten, die Kosten der Aufstellung und Eigentumsübertragung, sowie die Umsatzsteuer trägt die Stadtgemeinde Halle S.

Die Veranschlagung erklärt ihre Zustimmung.

Eine Vorlage betreffend die Regulierung und Neuverteilung des Nielschplatzes führte zu einer längeren Auseinandersetzung. Der Magistrat unterbreitete hierzu das Folgende und das Kollegium stimmte schließlich zu:

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere des Luftverkehrs, auf dem Nielschplatz, ist der Städt. Vorges. die Aufgabe gegeben worden, eine Verlegung der Gleise vorzunehmen und zwei Bezirke anzulegen. Die Kosten der dadurch bedingten Veränderungen sind auf 10 275 Mark veranschlagt und von der Gesellschaft zu tragen.

Mit der Veräußerung ist der Magistrat zu der Lieberzeugung gelangt, daß in Rücksicht auf den schlechten Zustand des Nielschplatzes, die Verlegung der Gleise, die Veranschlagung dieses Reichsplatzes eine bloße Umverteilung der Kosten ist, die in wenigen Jahren durch eine Neuverteilung erfolgen müßte. Die Kosten der Umverteilung wären daher nicht aufzuwenden, außerdem würde die Neuverteilung wiederum eine bedeutende Verkehrsveränderung auf längere Zeit zur Folge haben.

Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordnetenversammlung, die Regulierung und Neuverteilung des Nielschplatzes nach Maßgabe des beiliegenden Projektes und Kostenanschlags vom Juni 1907 abzuweisen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 20 575 Mark, abzüglich des von der Städt. Vorges. zum Ankauf des Nielschplatzes beigetragenen Betrages von 10 275 Mark, somit 10 300 Mark, sollen dem Kapitel XIII E. pos. 17 (Unvorhergesehenes) des laufenden Haushaltsplanes entnommen werden. Diese Geldmittel stehen zwar schon zur Verfügung; da es sich aber um eine größere Regulierung handelt und der für „Unvorhergesehenes“ vorgesehene Betrag von 20 575 Mark durch diese eine einzige Arbeit fast aufgebraucht wird, läßt der Magistrat die Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung für nötig und ersucht daher um Zustimmung.

Demnach ist noch, daß eine Veränderung des an der Goldene Regel verpachteten Platzes geplant wird; es erfolgt diesfalls eine besondere Vorlage.

Rechtlichen Veränderungen im Hausgrundstück Geistraße 18 und dem Erwerb von Grund und Boden, Grundbesitz, welches Grundstücksmäßig zur Straße entfällt, wird die Zustimmung erteilt.

In die Schenkungsgestaltung werden die Stadtverordneten: Gerann, Brandes, Pausch und Lemmer.

Dem Landesverwalter von einem Grundstück in der Werkbaurstraße wurde die Zustimmung erteilt.

Darauf geschlossene Sitzung.

In der geschlossenen Sitzung wurden in erster Sitzung die Stadtverordneten Hermann Florenz, Paul Schlags und ferner die Gemeindevorsteher Otto Barth, Hermann Gars, Paul Penkert und Hermann Weder ange stellt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Baumig in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.





Dortfanden die Freilicht Freizeitbewegungen der Arbeiter... Die Verhandlung begann am Sonnabend im frühen Morgen und dauerte bis nach 11 Uhr nachts...

Begonnen wurde mit Ost- und Westpreußen, dann folgten Kammern, Rosen, Schlesien, Königreich und Provinz Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Hannover, Bremen, Oldenburg und die medienburgischen Lande.

Auch der dieser Kommission konnten Vereinbarungen nicht erzielt werden, die Arbeiter befruchteten sich hier auf kurze Begründung der Forderungen und die andere Seite führte die Verhandlungen beharrlich durch...

Das bleiben aber auch die einzigen positiven Erfolge. Die in einem im Saal wird geredet und die Sache bleibt wie sie war. Die Medienbürger sind die Großzügigen. Arbeiter und Gaudeliker haben versucht, für alle Orte der beiden Lande, nach der Größe der Städte und Bezirke, unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der industriellen Entwicklung...

Die Verhandlungen wurden auch am Sonntag fortgesetzt. Vormittags kam Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland (Wangau) an die Reihe. Das Ergebnis war wie vorauszu- sehen gleich Null. Am Nachmittag verhandelte mit demselben negativen Erfolg Bayern, Württemberg, Baden und Elbst- Vohlsingen.

Verhandlungen für so große Wirtschaftskreise sind an und für sich und in normalen Zeiten recht schwierig. Für die vorliegende Zeit die schiefste Konjunktur und die Stimmung in Untereinkommen erschwerend. Dann aber bietet das Bau- gewerbe mit seinen dringlichen Verschleppungsarbeiten aller Art ganz besondere Schwierigkeiten.

Am Montag vormittag 11 Uhr fand eine Plenarsitzung aller Vertreter der Organisationsparteien statt, der das Resultat der Verhandlungen in der Sonderkommission unterbreitet wurde und in welcher Weise weiter verhandelt werden kann, oder ob ein Schiedsgericht anzurufen ist...

Am Montag früh tagten die Parteien gesondert. Um 11 Uhr begann die Plenarsitzung, in welcher zunächst im Namen der Unparteiischen Dr. Wieselth über das Resultat der Kommissionsberatung Bericht erstattete. Danach hat die Verhandlung nur sehr minimale Ergebnisse gezeitigt. Vor den Verhandlungen waren in 12 Orten die Differenzen erledigt, und jetzt ist in 37 Orten eine Einigung erzielt, während in 73 Orten und den beiden großen Bezirken - Rheinland-Westfalen und Mittel- sachsen - die Differenzen noch nicht beseitigt sind.

Die Unparteiischen empfehlen den Parteien, die Differenz- punkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Arbeitnehmer stimmen dieser Vorschläge zu, wogegen die Arbeitgeber erst eine Sonderberatung abhalten. Um 4 Uhr nachmittags erklären dann auch diese, daß sie die drei Gerren erlauben, sich als Schiedsgericht zu konstituieren und einen Spruch zu fällen.

Der Arbeitgeberbund wird in seiner am 28. d. M. in Berlin tagenden Generalversammlung zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen. Die Arbeitnehmersorganisationen dagegen stellen erst in gesonderten Konferenzen mit ihren Organisations- leitungen Beratungen an. Dies soll am nächsten Sonntag geschehen. Dem Arbeitgeberbunde wird dann am Montag das Resultat der Abstimmung der Arbeiterorganisationen zu gestellt werden.

Der Schiedspruch, den der Schiedsgerichtsvorsitzende Herr v. Schulz abends gegen 7 Uhr verkündet, hat folgenden Inhalt:

Die in der heutigen Sitzung von den Bevollmächtigten der sämtlichen Beteiligten einstimmig zu Schiedsrichtern ge- wählten drei Unparteiischen haben einstimmig folgenden Schiedspruch gefaßt:

- 1. In keinem Lohngebiete darf irgendeine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.
2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohn- erhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrecht zu erhalten.
3. In den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeiter- organisationen an die gegenwärtigen Besetzung im Bau- gewerbe Lohnveränderungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzu- führen.
4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1908 keinerlei Lohnveränderung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgenommen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen.
5. Für jeden Bezirk, möglichenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt und die zu der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 18. Mai d. J. ergebnislos zu entscheiden hat.
6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmer- straße 90/91), die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs anzugeben.
Berlin, den 27. April 1908.
D. Schulz, Dr. Brenner, Wieselth.

### Parteinachrichten.

Die junge Garde. Eine aus allen Teilen Deutschlands bestehende außerordentliche Generalversammlung des sozialisti- schen Verbandes der jungen Arbeiter und Arbeitnehmenden Deutschlands hat am 3. Mai in Paris in La Bièvre tagungs- und beriet über die durch das neue Reichsgesetzgesetz ge- schaffene Lage der Jugendorganisationen. Als Vertreter des

sozialdemokratischen Parteivorstandes nahm an den Verhand- lungen Herr Müller teil, als Vertreter der Kommission der Gewerkschaften Arbeiter- und Bauern. Herr Dr. Frank- mann, Mitglied der Reichsversammlung, hat sich dahin aus- gesprochen, daß der Verband in seiner jetzigen Form aufzulösen und an allen Orten Agitational Komitees aus über 18 Jahren alten Ge- nossen zu bilden. Die bisher bestehenden Ostdeutsche sind noch möglich in unpolitische Bildungsvereine umzuwandeln. Die Resolution wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

### Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 5. Mai.

Das im Stadtbüroverordnetenamt.

Der interessanteste Teil der gestrigen Sitzung spielte sich vor dem Eintritt in die Tagesordnung ab. Gleich zu Anfang hatte das Kollegium einen moralischen Fuhrtritt des Magistrats hinzunehmen. Es hatte in einer der letzten Sitzungen den Magistrat ermahnt, dafür zu sorgen, daß die Polizei das Dienstregulativ möglichst rasch annehmen möge. Auf dieses umständliche Ersuchen hat der Magistrat sehr un- gerne nachgegeben, daß es sich hier um eine der berüchtigten „reinen Polizeifragen“ handelte, in denen die Stadtbüroverordneten gefügig das Maul zu halten hätten. Die Polizei soll und muß für die Vertreter der Halleischen Einwohnerschaft ein Stücklein Rücksichtnahme haben. So will es die königlich preussische Regierung, so will es ein hochwohlgeborener und hochwohl- geborener Magistrat. Es ist ja schließlich auch genug Erde, wenn die Einwohner die Polizei bezahlen dürfen. Das Verhalten des Magistrats liefert einen neuen Beitrag zum Kapitel: „Kommunales Selbstverwaltungswesen“. Das Bürgeramt sorgt täglich und stündlich für das Gelingen des Polizeisystems und der kleinsten Bureaueinheiten. Und dabei fällt man sich hin und fahrt den hundertfachen Geduldssatz der Stadtbüroverordneten und die „Selbstverwaltung“ in höchsten Tönen. In der Praxis ist man aber realitätsnaher als das bismarckische Preu- ßen. Der selbige Preiser von Stein würde sich ob dieser „selbst- verwaltenden“ Propheten der Polizeimacht im Grade heraus- brechen. Vielleicht hat er aber schon längst auf das Nordreihen verzichtet, denn angeführt der neurepublikanischen Fäule wäre auch der Nationalbesetzung nicht heraus. — Das Stadtbüro- verordneten-Kollegium nahm den unangenehm Magistrats-Blas von wegen der „reinen Polizeifrage“ des und wehmütig mit. Man habe „keine Macht“, dagegen Front zu machen. Das stimmt schon, man hat keine Macht, weil man von jeder im Bürgeramt zu einer energiegelassen Opposition gegen Reaktion und Bureaualtismus verzögert hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spielte sich ferner eine Episode ab dem Brudertage zwischen Kommunalbeamten und Beamten alias Halleischen Bürgerverein ab. In einem Bahnhofsplatz der Kommunalen war der Stadtbüroverordnete aus den Reihen des Halleischen Bürgervereins der Wortzug gemacht worden, daß für sich von den Kommissionen und Depu- tationen zu beiden Parteien der Herrmann eine gemeinsame Er- klärung bei in Betracht kommenden Gerren, die man im Be- tracht nachlesen mag.

Nach diesem interessanten Vorspiel in zwei Akten trat man in die Tagesordnung ein, die ohne bedeutungsvolle Zwischenfälle erledigt wurde. Denn daß die konfessionsliberal geprägten Vertreter des Halleischen Bürgervereins für das Rennen der sächsisch-thüringischen Junker und Agrarier eine Nennpreis von 1000 Mark stifteten, gehört zu den Selbstverständlichkeiten, über die man sich angefangen hat, anzusehen. Unser Genosse Oberbürgermeister hat sich darüber äußert, als er auf Ab- lehnung dieses Nennpreises drang und Sparmaßregeln ein- gesetzt hätte. Das ist ein echter freisinniger Stadtbüroverord- neter ist, der schimpft wohl auf die Agrarier am Stammtische oder an einem sonstigen ungefählichen Orte, er bewilligt ihnen aber Nennpreise und sonstige schöne Dinge.

### Die Stadtbüroverordneten-Ergebnisse

hat nach amtlicher Bestätigung folgendes Resultat gehabt: Ab- gegeben wurden 4567 Stimmen, davon entfielen auf den Kan- didaten des Halleischen Bürgervereins (der Beamten), Herrn Dr. Steinbrecht 2468 und auf den Kandidaten der Kommu- nalbeamten, Herrn Oberbürgermeister v. W. 1007 Stimmen. Ein Stimme wurde für unglücklich erklärt. Die Kommunalbeamten hatten noch den Verlust von vierzig Blätter 1168 Stim- men für sich gezählt. Nach dem amtlichen Wahlergebnisse ist somit die Niederlage noch klarer.

Am 1. Mai hat auch für die erste Klasse der Wähler die Er- gebnisse festgehoben, da der Herr Kammerherr Wolf sein Man- dat niedergelegt hatte. Merkwürdigerweise schmeigt sich die bürgerliche Presse über diese Wahl aus. Es soll dabei nämlich ziemlich Sublimmübel vorgekommen sein. Die 8 oder 9 erst- klässigen Gerren, die dank des herrlichen Dreiklassenwahlsystems hier maßgebend waren, konnten offenbar keinen geeigneten Kandidaten in den Vororten finden. Es erschienen nur 4 dieser Erstklässigen zur Wahl; drei von ihnen wählten den Gerren Dr. Altmeyer, Bernburgerstraße Wohnort, der vierte gab seine Stimme für den früheren Stadtrat Elze ab. Da die beiden Gerren in der Liste ab zu wohnen, konnten sie überhaupt nicht gewählt werden. Die Wahl ist somit unglücklich. Auf die kommunalpolitische Bildung der Gerren mit dem großen Geldsack wirkt diese tragikomische Wahlszene ein recht bezeich- nendes Licht; die allgemeine politische Bildung wird damit wohl auf gleicher Stufe stehen. Dadurch erklärt auch die Wahl- reformplan der Nationalparlamenten, die beantragt für Ver- such das Wahlrecht zu ändern wollen, eine eigenartige Bezeichnung. Nach dieser „Reform“ sollen die Gerren von Bildung und Geld doppelt soviel Stimmrecht erhalten. Dabei ist die politische Bildung und Schulung der meisten dieser Gerren so unvollkommen, daß jeder aufgeklärte Arbeiter darüber lä- cheln wird. Die Wahl der Gleichberechtigten usw. Erklärungen geizt deutlich, zu welchen Ungerechtigkeiten das vierstimmige Dreiklassenwahlsystem, oder auch ein Wahlrechtssystem führen wird.

- In der Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins u. s. w. wurden im Laufe des Monats April aus- gegeben 255 Bücher. Davon waren 151 Bände Unterhaltungs- literatur, 49 Werke wissenschaftlichen Inhalts und 5 Bücher politischen Inhaltes.
I. Gegenstand des Monatsberichts. Vertreter von 36 Vereinen für Gesundheitspflege und Naturkunde in der weiteren Umgebung von Halle und Anhalt haben sich zu einem Kongress in einer Versammlung in den Kammern ein- gefunden. Am Montag, den 3. Mai, wurde das Bundes- vorstandes in Berlin und der Vereinsgruppe Magdeburg. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um interne An- gelegenheiten und das im März zu erörternde Erholungsheim. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, als erster Vor- sitzender Herr Carl Danz aus Dessau. Für den Nach- mittag hatten die beiden höchsten Gerren aus Anhalt das sekun- dären Vorkommnis der Gruppe eine Feier veranstaltet.

Ein Mitglied der Gruppe wurde als Ehrenmitglied in die Gruppe aufgenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Gruppe wurde als Ehrenmitglied in die Gruppe aufgenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gruppe wurde mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen.

### Aus den Nachbarkreisen.

Ein Unternehmungs-Angebot.

Dem Inhaber der Fabrikfabrik H. v. Braun in Ganger- hagen scheint der Sommer gepakt zu haben. Er sandte der Streikleitung einen Brief und bittet in diesem den Streikenden folgende Bedingungen:

Die jetzt im Zustande sich befindlichen Arbeiter-Wohnen, so- weit sie noch gebraucht werden, zu den bisherigen Bedingungen, jedoch mit nachfolgenden Abänderungen beginn. Ergänzungen, wieder eingestellt werden:

1. Der Streik ist als beendet zu erklären. 2. Eine Anzahl fremder Arbeiterkräfte, die inzwischen engagiert wurden, muß aufgenommen werden, wenn sie auf Einstellung besteht. 3. Für alle Arbeiter, welche während der Streikperiode von anderen Arbeitern fertig gestellt wurden, wird irgendwelcher nachträg- licher Ersatz seitens der Firma nicht gewährt; — die Arbeiter dagegen, welche durch die ursprünglichen Unternehmer derselben selbst zu Ende geführt werden, gelangen zur Auszahlung. Soweit jedoch die Fabrikbesitzer wegen dem Streik in irgend- ein Ungelegenheit, nehmen die Fabrikbesitzer ihren Fortgang.

4. Jede Forderung innerhalb der Werkstätten ist strengstens untersagt und zieht sofortige Entlassung und den Verlust jed- wehen Anspruch auf Fortzahlung des event. bearbeiteten Arbeitelohns nach sich. Das Gleiche gilt von direkter oder indirekter Beschäftigung und Schläge Mitarbeiter gegenüber. 5. Kein Arbeiter darf ohne Genehmigung seines Vorgesetzten seinen Arbeitsplatz verlassen, auch andere Arbeitsräume nur dann betreten, wenn er dort in Verbindung mit seiner Arbeit zu tun hat. 6. Solange eine Maschine in Betrieb ist, ist es untersagt, die Reihlinge zum Einholen von Material über Helfer pp. außerhalb der Fabrik zu benutzen.

Herr Braun haben ja seinen Sieg schon äußerlich sicher in der Tasche zu haben. Wir glauben doch daran, daß diese Beding- ungen von den Streikenden ohne jede Gegenwehr angenommen werden. Ganz oben drauf ist Herr Braun wohl noch noch nicht, sonst würde er wohl kein Experiment, und auf die Beschäftigung seiner Arbeiter eine Beschäftigung ausgeben, ausgeführt haben. Der Streikkommission geizte Brief an die Res- taktion des Streikbattes der Gerren nicht befürchtet worden zu sein. Oder verbrachten etwa andere Umstände seine Meinung?

# Aus dem Reich.

**Leit. 4. Mai. (E. W.)** Der Verfall der gewerkschaftlichen Organisation. Seit einiger Zeit haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Bewegung gestillt, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren geschloffen ab, da sie von ihnen nicht geforderten Organismen gestellt war. Im Anblich an diese Vorgänge — die ja auch unsere Leser bekannt sind — haben dann die Gewerkschaften mit den nicht organisierten Arbeitern eine Verabredung getroffen, die denn bis heute in Berlin die Gewerkschaften in eine Stellung der Gewerkschaften erludert. Das hat dann den Gewerkschaften zu gefallen, das sie erneut eine Bitte anzuwenden ließen und nunmehr als zwei Drittel für den Verfall zusammenbrachten. Auf ihren Antrag hat nun die Regierung die Entlassung an den zweiten Belegbogen genehmigt.

Dieser Verfall ist nur den organisierten Gewerkschaften zu bezeichnen. Wären sie die Frage nicht ins Rollen gebracht, so würde heute noch kein Verfall und kein indifferentes Gewerbe daran gedacht haben, vorzugehen. Die letzteren mögen also den Nutzen der Organisten anerkennen, sie haben von ihr kein Nutzen.

**Leit. 4. Mai. Stadterordnetenentziehung.** Am Freitag findet eine Sitzung der Stadterordneten in der Aula der Wittenberg-Hochschule statt. Die Sitzung beginnt erst um 6 Uhr abends, einigiger Gegenstand der Tagesordnung ist der Gewerkschaften der Wittenbergschule.

**Leit. 4. Mai. Auskunftsstelle.** Die Auskunftsstelle der Gewerkschaften befindet sich von jetzt ab nicht mehr Bismarckstraße 14 sondern Bismarckstraße 19a und wird die Auskunft in allen geschloffenen sowie sonstigen Angelegenheiten von Montag, Mittwoch und Freitag von 5—7/4 Uhr erteilt.

**Kammung, 4. Mai. (E. W.)** Singschmelzung. Die beiden Gesangsvereine, Quartett und Singschmelzung, haben einmütig beschlossen, sich zu vereinigen. Der neue Verein trägt den Namen Arbeiter-Singschmelzung.

**Kommern, 4. Mai. (E. W.)** Vom Bürgerrechtsgeld. Für neun Mark kann man in unserer Stadt Bürger werden, und schließlich nehmen auch diese Einbürgerung Gelegenheiten, sich den Bürgerrecht durch Zahlung der neun Mark zu erwerben. Aber nicht immer ist es den um das Bürgerrecht nachsuchenden möglich, die Summe sofort zu zahlen. Es wird um Frist erludert, und diese wird meistens auch gewährt. Doch sollen die Arbeiter nach Möglichkeit dafür sorgen, daß ihre neun Mark bezahlt werden, denn sonst machen sie die nicht immer angenehme Bekanntschaft des Mannes mit dem blauen Rock. Die zu Bürgern gewordenen Arbeiter mögen dann bei der nächsten Stadterordnetenwahl dafür sorgen, daß heute gewährt werden, die endlich diesen alten Hops beseitigen.

**Mörsen, 4. Mai. (E. W.)** Wichtigkeitung. Zu dem Bericht über die Firma Thiemann (Nr. 100 des Volksblattes) wird noch mitgeteilt, daß bei der Firma ein Zaxif besteht, nach dem pro Ueberführung 5 Pfennig mehr gezahlt werden.

**Wanderleben, 5. Mai. (E. W.)** Die Wittenbergschule liegen nur noch am 6. Mai, also morgen, Mittwoch, aus.

**Wahlversammlung, 5. Mai. (E. W.)** Die jetzt ausliegenden Wahlzettel sind äußerst mangelhaft angefertigt. Die Gewerkschaftsbürokratie müssen sofort ihre Ämten von den Genossen Wähler und Jüdisch abholen. Morgen Mittwoch ist der letzte Tag der Auslieferung.

**Wahlversammlung, 4. Mai. (E. W.)** Eine Volksversammlung findet nächsten Sonntag in der Kaiser-Wilhelms-Halle statt. Referent ist Genosse Reichthaus, Stadterordneter Verwaltung Wittenberg. Die Gewerkschaften werden erludert, an diesem Tage ihre Versammlungen ausfallen zu lassen.

**Wahlversammlung, 4. Mai. In der Wahlversammlung referierte Genosse Adler-Beipzig. Anwesend waren gegen 150 Personen.**

**Wahlversammlung, 4. Mai. (E. W.)** Über die Bedeutung des 1. Mai sprach in einer gut besuchten Versammlung Genosse Kretschmer. In der Diskussion monierte Genosse Wälffelt die in letzter Zeit gut getretene Interessenlosigkeit der Parteigenossen. Ueber die vom Genossen Gräbe geäußert Kritik soll in der nächsten Parteiverammlung verhandelt werden.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Die Bauarbeiterführer-Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

## Gewerkschaftliches.

### Streikbrecherorgan und Streikbrecherorganisation.

Der Vorwärts berichtet: Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten schon festgestellt können, daß der Arbeitsmarkt der Berliner Volkzeitung Streikbrechergeld enthält. Das hindert die Rekrutierung dieses Talents nicht, sich freiwillig als Streikbrecher freimitteln. Besonders gern geriert sie sich als Streikbrecher der Tisch-Dunkerler. Da auch diese Arbeiter-Vereinigung in ihrer Aufstellung haben, ergeben sich daraus keine Schwierigkeiten. Ein Gewerkschaftler Tisch-Dunkerler und Volkzeitung bei der Verlegung der Teilnehmer mit Streikbrecher sogar Hand in Hand.

Der Ausdruck in der Schulbüchse von B. Strauß, Weinbergweg 28, dauert unverändert fort. Mit vieler Mühe hat der Fabrikant erludene Arbeiterkräfte gewonnen, da kommen ihm Gewerkschaftler und Volkzeitung als zetzende Engel. Nicht genug, daß die beiden Gewerkschaftler, welche sich dem Auftrage angeschlossen hatten, von der Leitung veranlaßt wurden, die Arbeit aufzunehmen — ein Gewerkschaftler war von vornherein stehen geblieben — läßt derselbe Gewerkschaftler folgende Annonce in die hiesige Volkzeitung setzen:

**Ein Tisch-Dunkerler Gewerkschaftler**  
werden Tischler, Kuchmacher, Ueberholer, Aufholer, Maschinenwärter, Schweißler für dauernde Beschäftigung gesucht.

Königsplatz Weinbergweg 2.

Es springt eine Arbeiterorganisation, welche Anspruch darauf erhebt, für die Interessen der Arbeiter zu wirken, einem bedrängten Fabrikanten auf Hilfe und etabliert sich als Streikbrecheragentur, und ein Blatt, das sich Volks-Zeitung nennt, macht diesen Arbeiterverrat mit. Nur auf, daß der Gewerkschaftler der Arbeiterverrat in Berlin so wenige Schulmeister zählt, daß er nicht einmal imstande ist, eine mittlere Schulfabrik mit geübten Arbeitkräften zu besetzen, und auch diese freiwillige Hilfe den Fabrikanten nicht zuzusetzen wird. Für die Verluste, welche derselbe erleidet, möge er sich bei den Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes Herrn Schillinge bedanken, welcher das weisigehende Entgegenkommen der Arbeiter zurückweist, während der Fabrikant geneigt ist, daselbe zu akzeptieren.

Der Schließspruch für das Bauergewerbe ist jetzt auch von den Arbeiterorganisationen angenommen worden. Damit ist der Friede im deutschen Bauergewerbe bis 1910 gesichert.

**Streik und Lohnbewegungen.** Die Zunnarbeiter an der Zauernbahn streiken. Infanterie ist in das Streikgebiet abgegangen. — 6000 Werftarbeiter des Glühwerfers sind, wie aus London gemeldet wird, in den Zustand getreten. Man beschränkt, daß gegen 80 000 Arbeiter sich dem Streik anschließen werden.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**3 Strafkants der Presse.** Genosse Behold von der Exilblüte in Erfurt wurde im Schöffengericht Jenaer wegen Beleidigung eines hiesigen Redakteurs zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung soll in einem Abwehrartikel gegen eine Notiz der „Genne“ enthalten sein.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

**Wittenbergschule, 4. Mai. (E. W.)** Der Vorsitzende der Kommission, deren Errichtung vom Gewerkschaftsrat angeordnet worden war, hat sich konstituiert. Die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften wollen eventuelle Beschwerden über die Wittenbergschule ihren Vertrauenspersonen zur Weitergabe an die Kommission übermitteln.

## Kleines Feuilleton.

**Kunst fürs Volk.** Das heutige die soziale Frage nicht nur eine Fragefrage, ein Streben nach besserer Nahrung und Kleidung, nach größerem Verdienst überhaupt, sondern ebensoviele die Entfaltung des geistigen Jüngers des Volkes in sich selbst ist nunmehr ein Kampf der letzten Jahre immer häufiger geworden, doch ist bis jetzt zu Verwirklichung dieser geistigen Forderungen, wie Professor Dr. Reich in den „Dokumenten des Fortschritts“ (Verlag Georg Meiner, Berlin) erörtert, fast gar nichts getan. Mit allem Eifer suchen die geistig reifen Klassen der aufwärtsstrebenden Arbeiterklassen ihren Anteil an Wissenschaft und Kunst zu erziehen. „Panem et circenses“ (Brot und Spiele) lautet auch heute noch der Ruf, aber keine rohen und trivialen Zirkusstücke werden gefordert, sondern die reine Kunst in ihren edelsten Ausprägungen. Freude an der Natur ist zwar wünschenswert, kann aber den Menschen, der nach wissenschaftlicher Entfaltung strebt, für die Entfaltung an sichgenügend nicht vollstänig entschädigen, abgesehen davon, daß die Aufzucht der Natur mit immer mehr Opfern an Zeit und Geld verbunden ist. Im nun die Kunst dem Volke zu geben, muß für vor allem aus der Anschaffung des Reichthums befreit werden, dessen ausschließliche Domäne sie bis jetzt war. Kunst die tiefsten und ausbreitendsten Kundschaffungen erludert, der abgemessene Jostinst der Menge nicht selten höherer als der engen Kreise eines privilegierten Genies. Was ist nun bis heute schon geschehen, um die Kunst dem Volke zugänglich zu machen, und was kann noch geschehen? Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die öffentlichen Museen noch Sonntags ganz geschlossen oder nur an drei Nachmittagstunden schloßen, und an Sonntagen nur an solchen Zeiten geöffnet, wie sie den Wünschen der Vergnügungssuchenden und Berufslosen entsprechen mochten, während die Masse der Erwerbstätigen ausgeschlossen blieb. In den neueren Jahren hat dann eine große Agitation erludert, daß wenigstens Sonntags die Museen geöffnet werden, doch war dies auch nicht das Richtige, da der Großstädter den Sonntag nun fast ausschließlich in freier Luft verbringt. So entschloß man sich denn endlich, die Museen elektrisch zu beleuchten und bis 10 Uhr abends geöffnet zu halten, doch ist bis auf diese letztgenannte Maßnahme Deutschland fast ganz aus. Nur in einem Punkte kann es vorbildlich wirken, indem es Führungen unter fachkundiger Leitung durch die Großstädter anstellt. Für Bremer dürfte diese Maßnahme von besonderer Bedeutung zu treffen, wie dies die städtische Regierung seit einiger Zeit tut. Jede Volksschule lehrte singen, Wusel erludert aus vielen Wirtshäusern, sie ist die populärste Kunst. Trotzdem wird verhältnismäßig wenig zu ihrer Pflege getan. Die Gemeinden und der Staat müssen hier in Zukunft helfen, so daß regel-

mäßige Konzerte von honorierten Künstlern bezuschaltet werden können. Was für die Kunst gilt, besteht sich auch auf das Theater, das nun Drama oder Operna, 50 Mk. Geldstrafe werden nur ex Trabition, daß die Normanden einen nicht unerheblichen Teil der Staatsentnahmen für ihr künstlerisches Vergnügen verwenden; während aber ihre Galerien und Museen allmählich in den Willkür des Allgemeines übergeben sind, beim Theater insolge des hohen Eintrittsgeldes die Besichtigung immer mehr mitemittelt. Die Theater sind in der Regel die häufigsten Freizeiter von früher in Fortfall gekommen sind. Da die Regierung sich nicht um die Theaterfrage des Volkes zu kümmern scheint, so wurde in Berlin die „Freie Volksbühne“ gegründet. Seitdem wird in einer Reihe deutscher Städte dafür gesorgt, daß ein paar Aufführungen hervorragender Damen und Opern für Arbeiter verhältnismäßig stattfinden. Der Staat hat die vielfache Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Beträgen für die Literatur, für Massenverbreitung anerkannter guter Werke Erhebliches zu leisten. Die Errichtung von Volksbibliotheken wäre in erster Linie Sache der Gemeinden, in den Dörfern nicht minder als in den Städten. Die hervorragenden Köpfe der National-Literatur aber sollten im eigenen Besitz ihrer Familie sein, und der Staat sollte gut gebrauchte Billig-Ausgaben selbst veranlassen, statt dies nur den Buchhändlern zu überlassen. Das gleiche gilt von den Reproduktionen der Meisterwerke der anderen Künste. Die Kunst ist kein Luxus für Beamtelle, sie ist eine Notwendigkeit für alle, Geben wie endlich dem Volke die Kunst und der Kunst das Volk, beiden zum Gede.

Wir geben diese Anregungen des um die Volkskultur verdienten Mannes ohne Kommentar wieder und brauchen noch nicht besonders darauf hinzuweisen, daß der Staat, der diese Forderungen vertritt, erst von der Arbeiterklasse geschaffen werden muß. Dies heißt in der Praxis, in der das Proletariat wesentlich auf sich selbst angewiesen.

**Die Gleichheit im Gefängnis.** Der Pariser Obergewerkschaftler, der seine Wirtshäuser um einige 60 Millionen beschworen hat, ist endlich in Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Er genießt natürlich alle Erleichterungen und Auszeichnungen, die einem so edlen Wirtshäuser der bürgerlichen Gesellschaft zufallen. Er empfängt Besuche, fährt mit seinem Automobil spazieren und lehr höchstens nachts in das geistliche Gefängnis zurück. Dieses Beispiel dürfte notwendigweise die Eiten anderer Gefängnisse über die Auffassung sich keineswegs zu gegen die Gesellschaft vertragen haben, wie der Gründer Modette, größtenteils werden. Sie verlangen kurz und bündig, ebenso gut behandelt zu werden. Unser Genosse Derb, der gerade wegen seiner antimilitaristischen Propaganda eine Haftstrafe bezahlte, fände wie wir dem ihm geleiteten Wirtshäuser in Querre Sociale (Der soziale Krieg), einnehmen,

folgenden Brief an den Wirtshäuserpräsidenten Clemenceau: „Mein lieber Wirtshäuser! Ich würde mir angeteigelt haben, Ihnen die 1000 Mark, die ich Ihnen am 1. Mai 1907 bei der Herstellung des Querre Sociale zugehen sein zu können. Einem alten Journalisten, wie Ihnen, rauchte ich kaum auseinanderzusetzen, welchen Nutzen es für eine Zeitung, für seine Leser wie für seine Redakteure hat, wenn der Querrebauteur von Zeit zu Zeit abtritt. Was würde ich Ihnen sagen, wenn Sie mich nicht abtraten? Ich würde Ihnen sagen, daß die Querrebauteure in den drei Jahren, die ich die Wirtshäuser in Marocco im Dienst waren, — wenn man Sie, plötzlich unter dem trügerischen Vorwand, Sie hätten die Armes verurteilt, eingeperrt hätte, ohne Ihnen zu gestatten, die Verurteilung Ihres Freundes Götter zu übernehmen. Da unsere Zeitung — trotz der Unterdrückung des Pariser Wirtshäuser nicht — über die Mittel verfügt, mit ein Auto zu beschaffen, so würde ich selbstverständlich den Weg vom Gefängnis in unser Bureau zu Fuß zurücklegen, wenn die Herren Politischen, die mich zu begleiten hätten, damit einherkommen würden. Ich rechne auf das Interesse, das Sie immer den Querre Sociale beibringen haben, und nicht minder auf Ihre Achtung vor der Gerechtigkeit, deren Name sogar auf den Mauern unserer republikanischen Gefängnisse thront. Ich bin, mein lieber Wirtshäuser und ehemaliger Kollege, Euer Ergebenster ererbener Gefangener G. Herz.“

Gleichzeitig richtete ein anderer Gefangener namens Racour ebenfalls einen Brief an den Wirtshäuser, in dem er sich über die Lage der Wirtshäuser äußerte. Er schrieb: „Wir sind hier, lieber Kollege, unter der Herrschaft der Querrebauteure, die Sie eingeludet haben, ohne Zweifel, um uns das Schicksal zu ersparen, von unseren Unternehmern auf die Straße geworfen zu werden. Wir danken Ihnen, daß Sie uns so vor der Auslieferung bewahrt haben, die alle unsere Wirtshäusergenossen mit uns machen Sie ererbend thut. Ihrer kürzeste die Arme aufzuheben und uns zu erlauben, zur Arbeit zu gehen, da unsere Arbeitstätten wieder geöffnet sind. Falls Sie meinen, nicht unsere definitive Auslieferung aus dem Gefängnis anordnen zu sollen, wo wir immerhin schon unsere sechs Wochen zugewandelt haben, so werden Sie, wie wir wünschen, unser Kollege Racour, dem Sie geneigt sind, unsere Wirtshäusergenossen mit uns zu unterstützen, alle Wirtshäuser, die wir begleiten, mit zwei Wachmännern. Unsere Kameraden auf dem Wirtshäuser werden Ihnen sicherlich dieselbe Unterstützung bewilligen. Die Arme selbst, falls Sie sich dafür trauen wollten, die Arme zu unterstützen, werden Ihnen im Namen der zwölf hiesigen Wirtshäusergenossen Racour.“

Herr Clemenceau wird sich viele Gedanken über einen Gefängnisbesuch beibringen. Wie die eine treffliche Satire auf die bürgerliche Gerechtigkeit im allgemeinen und auf den Demokraten Clemenceau insbesondere hat, sicherlich nicht hinter den Spiegel reden.

zu demachen, sei auf einmal ein Mann an den Wagen angegriffen, habe ein Schreihülz angestrichelt und damit den Fahrer in Brand umgebracht. Er ist daher sofort von dem Wagen heruntergefallen, habe einen fliehenden Mann mit einem Hund gefolgt und in dem Flüchtigen den fliehenden Hühner erkannt. Auf den Ruf: 'Hund, wie tammst Du meinen Wagen anfehen.' habe Hühner geantwortet, nichts anzuzeigen, worauf er, Peter, sich allerdings nicht eingelassen. Dann habe Hühner auf den Ruf: 'Hund, wie tammst Du meinen Wagen anfehen.' geantwortet, nichts anzuzeigen, worauf er, Peter, sich allerdings nicht eingelassen. Dann habe Hühner auf den Ruf: 'Hund, wie tammst Du meinen Wagen anfehen.' geantwortet, nichts anzuzeigen, worauf er, Peter, sich allerdings nicht eingelassen.

**Die Angeklagte behauptet heute noch, Hühner habe den Fahrer angezündet. Zeuge Hühner bestritt aber mit der Entscheidung, der Brandhülz gewesen zu sein und betonte dies mit der Wendung unter dem Hühner: 'So wahr ich hier frant lebe.' Er war an betreffenden Wörtern nur auf sich selbst gegangen, um einmal zu zeigen, ob nicht gefolgt werde. Hühner soll allerdings in Hühner auch nicht in dem besten Hühner Hühner haben und vorbesteht sein. Der Gendarm sagt, er sei der Beste auch nicht; Zeuge Hühner macht aber einen mehr harmlosen Eindruck.**

Was dem Urteil des Reichsgerichts ist die Wechselaufnahme des Papiers nicht zu Recht erfolgt, da weder der Schuldhaber noch der Gendarm befugt gewesen seien, Wechselaufnahme anzuordnen. Dagegen ist nach Ansicht des Reichsgerichts der Papiere gefolgt, und nur bei dieser Annahme könnte strafbare Brandstiftung vorliegen. Zur Wechselaufnahme hat rechtmässige Eigentümern des Papiers, so wurde ihr umgekehrt in Brand gesetzt. Nur die Eingangs eines Wohnhauses ist in jedem Falle strafbar, auch wenn sie durch den Hausbesitzer selbst erfolgt. Anknüpfung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist dagegen, abgesehen von gewissen Ausnahmefällen, nur dann strafbar, wenn sie fremdes Eigentum sind. Es wurde den Geschworenen daher in der Wechselaufnahme abgelehnt, daß bei der Vernehmung der ersten Schuldfrage, ob der Papiere gefolgt sei, auch die zweite betreffs vorläufiger Brandstiftung vernein müßten.

Die Geschworenen bejahten beide Schuldfragen sowie die dritte betreffs der wesentlich falschen Anschuldigung unter Vorlegung mildernder Umstände. Da die Strafe des Angefallenen, weil nur von ihm selbst Revision eingeleitet werden kann, so beantragte die Staatsanwaltschaft, wiederum ein Jahr Gefängnis. Der Reichshof erkannte aber nur auf

**neun Monate** mit Anrechnung von drei Monaten der Unterhülfshaft. Es wurde aber nebenbei auf Ehrenrechtserlaß erkannt.

### Schöffengericht.

Bei dem Armenratze. Wegen Körperverletzung war ein belährter Arbeiter angeklagt, der am 28. März d. J. auf der Straße eine Arbeiterfrau mit einem Kneifen in der Brust und einem harten Gegenstand auf die Nase geschlagen haben sollte. Der Beschuldigte bekennt sich vor Gericht, daß der Faktor in seine Wohnung gekommen sei und da der Hof nach und seine Frau krank gewesen sei, habe er angeordnet, die Frau solle nach dem Armenratze gehen und dort einen Schöpfenkel, sowie eine Unterbringung in der fordern. Der Mann ging dann auch in Begleitung seiner kranken Frau, die sich jedoch fortbewegen konnte, nach dem in der Schöffengericht wohnenden Armenratze, um als dort ankommen, bemerkte er, daß auch zwei Prostituierten aus seinem Hause nach dem Armenratze wollten, um sich einen Schöpfenkel beschreiben zu lassen. Als nach dem Abgehen der drei Beschäftigten an der Forstbörse der Diensthilfsleiter die Zurecht, sagte der Angeklagte, des Armenratze, Frau Schwabe, müßte kommen, er, Angeklagter, habe es einmal sein Haus ausführen. Als dann der Armenratze kam, sagte der 'Vergewaltiger', die beiden Frauen aus seinem Hause wären keine Schöpfenkel wert, denn deren Männer verdienten 55 Pf. pro Stunde als Steinseiler. Die Frauen bestritten dies, da ihre Männer recht begab, arbeitslos gewesen. Der Armenratze erwiderte, daß er nicht die Arbeiter bestrafen könne, sondern nur einen Schöpfenkel beschreiben, weil er die Arbeiter bestrafen anforderte und sich nicht an seinen 'richtigen' Armenratze gemandt hatte. Als sich dann die Abgehenden auf der Schöffengericht wieder trafen, entstand ein kurzweiliger Kampf. Der Angeklagte meinte, die eine Frau habe den Mund mit der Faust aufgeschlagen, die andere die Nase mit der Hand hineingeschlagen. Er schlug die Frau auf die Nase, daß sie blutete und muß dafür 16 Mark Geldstrafe zahlen.

Ein Arbeiter. Ein früherer Maler, späterer Wäschereibesitzer, der sich durch sein vorläufiges Wesen schon öfter erheblicher Unannehmlichkeiten bereitet hat, erschien am Abend des 18. März in dem Restaurant zum weißen Hof, wo er verschiedenes Schreiben seine Geschäfte und Geldentzinsen unterbreite. Da man ihm einiges nicht glauben wollte, und ein Gast ihm scherzhaft als Polzeispiegel bezeichnete, wurde er daraufhin unangenehm und aufgeregt, daß man ihm nicht ganz faust um Lokal hinausverdrängte. Als er dranhin sein Herz ausschützte und auf der Straße verknüpfte, wie es nur möglich sei, einen so anständigen Mann wie ihm hinauszuwerfen, fiel er unglücklicherweise einem Polzeisten in die Hände. Diesem sagte er überflüchtig, daß der 18. März sei und er die Bedeutung des Tages kennen müßte. Der Polzeist schien auf die Erklärung von dem 18. März gerade gewartet zu haben, ermahnte den Gefährlichen ruhig zu sein und nahm ihn schließlich fest. Darauf sagte der Mann überaus überaus: 'Nun, das ist das 18. März!' Aus dem Lokal schmeißten sie mich hinaus und nennen mich unglücklich Polzeispiegel, und dranhin nehmen Sie mich fest; das ist ja ein netter 18. März.' Wegen dieses Vorgehens hatte der Maler ein Strafmandat über 3 Mark erhalten. Er beantragte gerichtliche Entschädigung und befragte sich bitterlich, wor dem Schöffengericht über die falsche Polizei die gegen ihn vorgelegenen Briefe, weil er sich früher einmal auf einer gewissen Partei bekannt habe. Er konnte wegen des Termins extra von Plauen her und dorthin deshalb nicht weniger als 17 Mark; die Wahrnehmung des Termins löste ihm nicht 20 Mark; weil er aber das Recht vertritt und lebt das 30 und nach dem Urteil einer diesbezüglichen Post habe er am betreffenden Abend der Polizei als Bestätigung angeboten - müßte er die Strafe von 3 Mark los werden. Man möge bedenken, was der Ausbruch Polzeispiegel für ein gantzlicher Vorwurf sei und wenn man aus einer Rentei ungerichtlich

hinweggeschoben wird, dann muß man dagegen auch auf der Straße sein. Es ist daher nicht zu erwarten, daß der Polzeist das aber noch den Rat gehabt, ihm zu sagen: 'Wenn Sie sich bei drinnen ruhig verhalten hätten, dann hätte man Sie ebenfalls nicht an die Luft gesetzt.' Das Resultat der etwas komplizierten Verhandlung war, daß die gerichtliche Entschädigung des Beschuldigten vermehrt wurde. Er hat nun neben den Restloshen auch noch die Restloshen zu zahlen.

### Versammlungsberichte.

**Steinfeder, Halle.** Am 28. April fand eine kombinierte Mitgliederversammlung der Sektion und II. st. der Eintr. bei Eintritt in die Tagesordnung und wurden vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Mitglieder Franz Gang und Gustav Weiser verstorben sind. Zu Ehren derselben erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Die Aufnahme der neuerwählten Mitglieder wurde gleichwohl genehmigt, mit Ausnahme der Gehr. Broß. Dagegen wurde der Gehr. Broß durch den Gehr. Broß, fand sich die Vermählung aus damit ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1908 für beide Sektionen, wurde ist von dem Kassierer geprüft und richtig befunden, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nachdem dann der Vorsitzende berichtet hatte, wurden unter Generalkassier verschiedene Mitteilungen zur Sprache. Kollege Gräfe beauftragte, daß die Abrechnung die ausgegebenen Fragebogen seitens der Hilfsarbeiter eine ziemlich mangelhafte gewesen ist. Von den in der Sektion II organisierten Hilfsarbeitern kann zum mindesten verlangt werden, daß diese sich an derartigen Statistiken vollständig beteiligen. Da dies aber der Firma Sperting beschäftigten Kollegen nicht wissen, welche Lohnsätze sie zu verlangen haben, wurde diesen geraten, sich den Tarif genau durchzulesen und sich in die Vermählungen zu bemühen, um ihnen bereitwillig Auskunft geben wird. Im übrigen sind alle Beschwerden der Hilfsarbeiter in der Sektion II dem Kassierer zu übermitteln. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Satz: 'Die Mitglieder der Sektion I und II sind zu bitten, sich auf diesem Wege solche am schnellsten regeln lassen. Beim Punkt Kassierer referierte Gehr. Broß über die Bedeutung und Zweck der Kassierer und betonte besonders, daß es diesmal nicht um ein besseres Lohnabzweck zu demonstrieren. H. E. schloß die Versammlung am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

**Hausbau, Chemnitz.** Die am 28. März d. J. auf dem 1. st. der Eintr. in der Sektion I und II der Eintr. bei Eintritt in die Tagesordnung und wurden vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Mitglieder Franz Gang und Gustav Weiser verstorben sind. Zu Ehren derselben erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Die Aufnahme der neuerwählten Mitglieder wurde gleichwohl genehmigt, mit Ausnahme der Gehr. Broß. Dagegen wurde der Gehr. Broß durch den Gehr. Broß, fand sich die Vermählung aus damit ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1908 für beide Sektionen, wurde ist von dem Kassierer geprüft und richtig befunden, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nachdem dann der Vorsitzende berichtet hatte, wurden unter Generalkassier verschiedene Mitteilungen zur Sprache. Kollege Gräfe beauftragte, daß die Abrechnung die ausgegebenen Fragebogen seitens der Hilfsarbeiter eine ziemlich mangelhafte gewesen ist. Von den in der Sektion II organisierten Hilfsarbeitern kann zum mindesten verlangt werden, daß diese sich an derartigen Statistiken vollständig beteiligen. Da dies aber der Firma Sperting beschäftigten Kollegen nicht wissen, welche Lohnsätze sie zu verlangen haben, wurde diesen geraten, sich den Tarif genau durchzulesen und sich in die Vermählungen zu bemühen, um ihnen bereitwillig Auskunft geben wird. Im übrigen sind alle Beschwerden der Hilfsarbeiter in der Sektion II dem Kassierer zu übermitteln. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Satz: 'Die Mitglieder der Sektion I und II sind zu bitten, sich auf diesem Wege solche am schnellsten regeln lassen. Beim Punkt Kassierer referierte Gehr. Broß über die Bedeutung und Zweck der Kassierer und betonte besonders, daß es diesmal nicht um ein besseres Lohnabzweck zu demonstrieren. H. E. schloß die Versammlung am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

### Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

**Leipzig, 5. Mai.** Dem Handelsminister Gehr. Broß machen es in Dundee die Frauenredaktion unmöglich, in den Wahlversammlungen (siehe Tagesgeschichte Ausland, England) zu reden. Sie haben sich mit großen Wutungen versehen und sehen dieselben in den Versammlungen in Bewegung, sobald der Minister reden will.  
**Paris, 5. Mai.** Aus Oran wird gemeldet, daß General Wigh einen Zusammenstoß mit einer maroccanischen Streitmacht hatte, wobei die Franzosen einige Verwundete hatten, die Marokkaner aber in die Flucht schlugen.  
**Budapest, 5. Mai.** In dem Prozesse des früheren Justizministers Polonyi gegen den Abgeordneten Benci wurde letzterer wegen Verleumdung Polonyi zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe verurteilt.  
**Agram, 5. Mai.** Hier fanden große Straßendemonstrationen der Kroaten gegen die ungarischen Regierungsvertreter statt. Die Polizei und Gendarmen schritt ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.  
**Montreal (Kanada), 5. Mai.** 12 000 Leiharbeiter der Steinbrüche sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer eine Lohnerhöhung nicht bewilligen wollten.

### Letzte Nachrichten.

**Dresden, 5. Mai.** Der Matr. be willigte die Summe von 658 000 Mark zur Errichtung eines Krematoriums.  
**Kassel, 5. Mai.** Bei dem Brande des Aelina-Hotels in Fort Wayne sind 80 Personen verbrannt, gegen 40 Personen verletzt. Das Gebäude brannte völlig aus. Alle Fremdenbücher: gingen verloren. Man weiß daher die Anzahl der Opfer nicht; genau 12 Wüder wurden geborgen und man glaubt, daß mindestens 20 vollkommene verbrannt sind.

**Frankfurt, 5. Mai.** Bei dem heiligen Amaliationbau fanden in der Folge massenhaft giftige Gase statt Arbeiter den Tod. Zwei andere erkrankten lebensgefährlich.

**Frankfurt a. M., 5. Mai.** Die Polizei hat die Arbeiter und die Arbeiterinnen in der Folge massenhaft giftige Gase statt Arbeiter den Tod. Zwei andere erkrankten lebensgefährlich.

**Frankfurt a. M., 5. Mai.** Die Polizei hat die Arbeiter und die Arbeiterinnen in der Folge massenhaft giftige Gase statt Arbeiter den Tod. Zwei andere erkrankten lebensgefährlich.

**Frankfurt a. M., 5. Mai.** Die Polizei hat die Arbeiter und die Arbeiterinnen in der Folge massenhaft giftige Gase statt Arbeiter den Tod. Zwei andere erkrankten lebensgefährlich.

### Briefkasten der Redaktion.

**M. S., Bielefeld.** Der Briefkasten enthält die Hälfte des gefeldeten Ertrages, im vorliegenden Falle also 100,00 Mark. Davon ab 80 Mark, bleiben zu zahlen 20,00 Mark. Nach dem Einkommen kann der Ertrag 50 Mark weiter nicht verlangen, als was im Einkommen liegt und können Sie es auf Klage ankommen lassen. Sie können Ihre Frau vertreten, bedürfen dazu aber einer notariellen Vollmacht.  
**C. O., Bielefeld.** Bringen Sie Ihre Beschwerden in der nächsten Nummer des Sozialdemokratischen Vereins vor. Wir können vorläufig keine Stellung dazu nehmen.  
**D. F., Bielefeld.** Der Verfallungsbericht ist durch die kurze Mitteilung unter Maifeiler bereits erledigt.  
**H. M., Bielefeld.** Dem Eingeladen fehlt jeder Hinweis. Solche Sachen müssen durch die Organisation als mehr beheimatigt werden. Dies ist nicht geschehen, Aufnahme also nicht angängig.  
**S. Bielefeld.** Bringen Sie die Angelegenheit erst in der Versammlung zur Sprache. Wir können hier nicht entscheiden, ob wir mehr berechtigt oder unberechtigt sind.

### Versammlungs-Anzeiger.

In vorstehender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:  
**Halle:** Gewerkschaftskartell, Freitag, den 8. Mai.  
**Merseburg:** Schuhmacher, Mittwoch, 6. Mai.  
**Volksversammlung, Sonnabend, 9. Mai.**  
**Elsterwerda:** Wahlverein, Volksversammlung, Mittwoch, 6. Mai.

### Quisling.

**Zeits.** Für die eigene Parteibriefe gingen ein: Ertragsort beim Müllerbrunn 8,20, Ertragsort bei Turnern 5,92, Ertragsort Zeilertor 6,40, Ertragsort Hallo-Diamant 4,25, Böhlerwerk im Feltenler 8.-, ein Langbeinler bei Bundrad 0,50, Maurer D. aus Ditt 0,50, Scharenbrunn 4,00, Freie Arbeiter-Organisation, gemittelter Abend 2,30, Sammlung in Bredsborf durch Bengel 2,05 Mark. H. Bepoit.  
**Kreisbau.** Zum Fonds des eigenen Bisses: Welt Frey den alten Kreis, genannt 0,50, vom Klotzbrüder beim Rongert in Mannsdorf 1. Mark.  
**Halle.** Von den Organisten der Vertrauens- und Wohlfahrtsfabrik zur Landtagswahl 18.-, freiwilliger Beitrag am 1. Mai von E. D. 5.- Mark. Reitow.

### Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld.

Den Parteigenossen des Kreises wird die Beachtung folgender Lokalität dringend empfohlen. Es stehen der Arbeiterchaft zur Verfügung:  
**Bitterfeld.** Restaurant Sobenollern.  
Restaurant von Krefsch.  
Restaurant am Gambritun.  
**Delitzsch.** Gasthof zum Rindenhof.  
Düben. Säblers Brauerei.  
Grossh. Gasthaus Dr. Großh.  
Gleiwitz. Gewerkschaftshaus Tirol.  
Zur guten Sache.  
Zur guten Sache.  
Zum goldenen Kreuz.  
Zur Wiese.  
Restaurant Feldschützen.  
**Gleiwitz.** Arbeiter-Kaffee.  
Gleiwitz. Arbeiter-Kaffee.  
Gleiwitz. Arbeiter-Kaffee.  
Wespen. Arbeiter-Kaffee.  
Veränderungen sind dem Unterzeichneten sofort mitzuteilen.  
Delitzsch, Mai 1908.  
Dr. Jentzsch.  
i. A.: Wiermann.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Kämmerer in Halle.

### Gesellen! Werbt neue Abonnenten!

#### Kinderwagen

#### Sportwagen

Leopold Nussbaum, Gr. Ulrichstr. 66/67.

#### Süddeutscher Postillon

Dr. 10. Kreis 10 Pf.

Zu bestehen durch alle Ausdräger und die

#### Sollbuchhandlung.

Gars 42/43.

#### Zeits. Pfänder-Auktion

Donnerstag, d. 14. Mai 1908

Max Schnabel, Ritterstraße 17.

#### Kursbücher Sommer 1908.

Zu bestehen durch die

Die Sollbuchhandlung Halle a. S., Gars 42/43.

#### Die Herren Damen-Kad. M. Freil. 511, Wilhelmstr. 40 I.

#### Ehren-Erklärung!

Die ausgedruckten Worte die ich gegen Sie, G. S. getan habe, nehme ich hiermit zurück.

#### Stadtsamt Beilkenfels.

Vom 19. bis 23. April.

Die Herren Damen-Kad. M. Freil. 511, Wilhelmstr. 40 I.

#### Wespen: Arbeit. Krupp & Co.

Arbeit. Krupp & Co.